

Volkzeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 77 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 2.00 M. — ohne Zustelgebühren. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen, Verleger und andere Anzeigenstellen entgegen. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigerpreis:** Die Sp. 14 mm hoch 100-1200 1.50 M. Die Sp. 10 mm hoch 100-1200 1.00 M. Die Sp. 8 mm hoch 100-1200 0.75 M. Die Sp. 6 mm hoch 100-1200 0.50 M. **Gefäßstellselle Halle-Soale:** Leipziger Straße 61/63. Fernruf Zentral 7801. **Mittwoch, 15. Februar** **Gefäßstellselle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Am Markt 11. 820. **Stiene Fernster Schriftdruck.** — Verlag u. Druck von Otto Oetle, Halle-Soale.

Die große Koalition

Ein Köder für die deutsche Volkspartei

Vor und hinter den Kulissen

Das wichtigste Bild der Vertrauenskoalition beginnt ein wenig klarere Linien zu zeigen, insofern nämlich, als sich bei den Mitgliederpartei rechts und links der Koalition (Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Unabhängige) gewisse Ähnlichkeiten für die Verhältnisse bei der Abstimmung herausgestellt haben. Die Deutsche Volkspartei beharrt nach wie vor auf ihrem Wahltreuesontrah und ist nicht gewillt, Herrn Wittich in irgendeiner Form zu einem Verzicht zu veranlassen. In Verhandlungen ist man diesem Verlangen der Deutschen Volkspartei nachzugeben zu zögerlich und konsequenter die Verweigerung, wie wir schon gestern feststellten, auf die Bayerische Volkspartei und die Unabhängigen. Erfreut man getrieben worden um 10 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammenzutreten, nach welcher demnach in ihrer Mehrheit für das Vertrauen in einem Hinne. Damit würde aber nur eine geringe Mehrheit erzielt.

Folgt man sich man eifrig am Werke, die Unabhängigen in eine — wenn auch indirekte — Unterordnung der Vertrauenskoalition zu bringen. Man kann ihnen goldene Sünden, indem man mit der Volkspartei, dem Vertrauensvotum eine mildere, mehr auf die außenpolitische Lage abgestimmte Form zu geben. Auf diese Weise hofft man wenigstens zu erreichen, daß die U.S.P. sich ganz oder teilweise der Abstimmung enthält. Ueberhaupt scheint man der Ansicht zu sein, man könne sich durch einen Verzicht über die Abstimmung eine außenpolitische Interpellation inszenieren und im Aufstich dazu ein viel notwendigeres Vertrauensvotum durchbringen. Die unabhängige Fraktion beginnt sich schon einzuklinken, indem sie teilweise die „Verlagerung“ davon spricht, daß man in ihren Kreisen gar kein Interesse an einem Verzicht haben wird.

Der Druck auf diese Parteien wird vor allem von den Mehrheitsparteiern ausgeht. Der Demokrat ist man sicher, die dies beschließen werden. Für das vorliegende Vertrauensvotum ist man mehr auf die Außenpolitik abgestimmt, aber hier, da sie innenpolitisch auf dem Herrn Wittich ausruhen können.

Dem die äußerliche Lage. Das aber hinter den Kulissen nicht gleich, als man abnt. In dieser. Eingehendere Klärung man durch einen Verzicht über gelungene Verhandlungen der „Hoffe.“ Es heißt bei:

Moment sind. Diese Annahme wird durch eine Meldung des sozialdemokratischen Parlamentsdienstes bestätigt. Der „Vorwärts“ weiß noch nicht mehr zu berichten. Nach ihm soll sich die Deutsche Volkspartei dazu bereit erklärt haben, ihren Wahltreuesontrah zurückzugeben, wenn die große Koalition nicht zustande kommen sollte. Bei den Sozialdemokraten liegt allerdings der Gedanke einer Erneuerung der Regierungslösung nach Rechts nicht auf große Gegenliebe. Der „Vorwärts“ spricht von einem nicht zufälligen Bruch auf die sozialdemokratische Fraktion, der in vierfacher Weise abgemindert werden müßte.

Eine Klärung der Lage wird kaum vor heute zu erwarten sein. Man kann indes sehr gespannt sein, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden, namentlich in Bezug auf die Deutsche Volkspartei. Denn hier scheint doch etwas fest zu sein, so sehr sich diese Partei auch die Mühe gibt, nach außen hin — vorwiegend wenigstens — ihre ablehnende Stellung beizubehalten.

Wirths unehrliche Politik

Die Duplikation der Gegensätze zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Reichskanzler, die so kurz Zeit nach dem Steuerkompromiß erfolgte, hat nach volksparteilicher Darstellung ihren Hauptgrund in dem unehrlichen Verhalten des Kanzlers gegenüber der Partei des Herrn Dr. Stresemann. Von diesem Verhalten gibt die „Nationalistische Correspondenz“ folgende Darstellung:

Was nun die Frage der großen Koalition anbelangt, so kann mit aller Deutlichkeit und Bestimmtheit gesagt werden, daß die Deutsche Volkspartei, wie ja nämlich bekannt, das Zustandekommen der Koalition erwünscht und befestigt hat. Sie ist bereit gewesen, in die Regierung einzutreten, und zwar in jeder Beziehung bereit gewesen. Die Deutsche Volkspartei hat die große Koalition getrimmelt, sondern der Herr Reichskanzler durch sein, gelinde gesagt, unehrliches Verhalten. Er hat den Vertretern der Deutschen Volkspartei von seiner Abicht, Herrn Dr. Rathenau zum Minister des Auswärtigen zu ernennen, Kenntnis gegeben und in ihnen keinen Widerstand, mit der Beziehung dieser Partei, bis zur Umbildung des Kabinetts zu warten, um sie als Teil derselben erscheinen zu lassen. Der Herr Reichskanzler hat den Vertretern der Deutschen Volkspartei an dem entscheidenden Nachmittag erklärt, Herr Dr. Rathenau könne nicht als Leiter der Regierung ernannt werden, bis das am anderen Tage mittags 12 Uhr vollzogene sein müßte, wenn man überhaupt auf ihn rechnen wollte; er — der Reichskanzler — sei also in eine Zwangslage verwickelt und müsse die Ernennung sofort vollziehen. Zu derselben Stunde, da die Erklärung abgegeben wurde, hat Herr Dr. Rathenau einem vertrauten Freunde im Auftrage des Reichskanzlers mitgeteilt, er habe große Bedenken gegen die Ausicht, Minister des Auswärtigen zu werden, und müsse es sich noch rechtlich überlegen, ob er insamtige sein werde, das Amt anzunehmen. Eine halbe Stunde darauf erhielt er zu seinem grenzenlosen Erstaunen die vollkommene Ernennung mit der Mitteilung, daß sie bereits der Öffentlichkeit bekannt gegeben sei und abgelehnt nicht mehr geteilt werden gemacht werden könnten. Herr Dr. Rathenau hat seiner eigenen Angabe nach den Reichskanzler vor Tage vor seiner Ernennung nicht gesehen und abgelehnt. Ferner mußte der Herr Reichskanzler, als er nach mit den Führern der Deutschen Volkspartei über die große Koalition verhandelte, daß die Reichspartei sich nicht an der Regierung beteiligen werde, und so in diesem Augenblicke die große Koalition bilden. Daher der Beschluß der Deutschen Volkspartei, ein Vertrauensvotum gegen ihn persönlich einzubringen und gegen ein Vertrauensvotum zu stimmen. Interessanter und neu in dieser Beziehung ist die Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei unter dem Eindruck des Reichskanzlers haben würde, wenn dieser eine Umbildung des Kabinetts unter ihrer Beteiligung erfolgt wäre. Inzwischen hat sich ja anscheinend — siehe oben — die Lage doch wieder verändert.

Die Wirtschaftsheilfen für die Beamten

In Reichsfinanzministerium wurde unter dem Vorherrsche des Wirtschaftsministers von Schlieffen die Verlegung mit den Wirtschaftsheilfen für die Beamten in Anlehnung an die des Arbeiter zu gewöhnlichen Lebensunterhaltungskosten fortgesetzt. Uebernahmung übernahm unter dem Epochenorganisationsborin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Lebensunterhaltungskosten erhalten, den Beamten in gleicher Anlehnung an diese Wirtschaftsheilfen unter Umständen nach 10 bis 15 Prozent Zuschlag zu gewähren. Die Wirtschaftsheilfen für die Beamten betragen von 250 M. gewährt werden sollen. Nachdem eine Reihe weiterer technischer Einzelfragen bedprochen worden war, gab der Vorsitzende im Namen des Reichsministers der Finanzen die Beschlüsse ab, daß die Regierung bereit auf möglichst rasche Durchführung der Ausgabe der Wirtschaftsheilfen lege und bereits alles dazu erforderliche tun werde. — Für die Angehörigen wird eine entsprechende Regelung getroffen werden.

Die Deutschnationale Partei und die Abstimmung im Reichstag

Im „Tag“ gibt Staatsminister Fergt eine Erklärung über die letzte Reichstagsabstimmung, die mit der Mehrheit halber im Reichstag mebergen.

Warum hat die Deutschnationale Volkspartei am Sonnabend nicht den Vertrauensvotum des Vertrauensvotums abgelehnt und damit schon am selben Tage den Sitz des Kanzlers über der Regierung hinweggeführt? Handelt es sich in Uebertragung oder Befürchtung, oder blieb sie ihren Zielen treu?

Zunächst eine Vorbemerkung: Nach § 33 a der Geschäftsordnung des Reichstages muß bei Interpellationen die Abstimmung über ein Vertrauens- oder Wahltreuesontrah verlangt werden, wenn dies von mindestens 30 Mitgliedern verlangt wird. Ich lasse aber ganz beiseite, ob diese Voraussetzung auf den vorliegenden Fall, bei dem es sich nicht um eine Interpellation handelte, entsprechend anwendbar gewesen wäre. Nach der Bewegung des Kanzlers wäre es wohl möglich gewesen, die Vertrauensabstimmung, denn die Mitte, die namentlich in den Vorlesungen auffallend leere Bänke gezeigt hatte, war auch am Sonnabend noch sehr schwach besetzt, kleiner als dies bei der Notizen und der Linien des Falls war.

Aber zur Ablehnung des Vertrauensvotums hätten unter allen Umständen nötig gewesen, daß beide Parteien geschlossen dagegen gestimmt hätten. Es jedoch, wenn sich die Deutschnationale Volkspartei für die Ablehnung der Vertrauensabstimmung hätte, dies auch bei der Deutschen Volkspartei geschehen wäre, läßt sich nicht ohne weiteres bestimmen. Bei dem Meinungsstand, der in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zwischen den führenden Vertretern der beiden Fraktionen über die Stellungnahme zu der Vertrauensfrage festzulegen hat, ist unter der Voraussetzung, daß die Regierungspartei das vom Kanzler geforderte Vertrauensvotum tatsächlich einbringen würden — was man alsbald alsbald — die Zustimmung zu dem Vertrauensvotum bedenklich als etwas Selbstverständliches behandelbar worden.

Über wie wollen einmal annehmen, daß in der Tat die Vertrauensabstimmung und dann auch das Vertrauensvotum von einer aus der Rechten und der Linken bestehenden Mehrheit nicht angenommen worden wäre. War das ein maßvoller Erfolg? Nein, es wäre nur ein Schein Erfolg.

Am Ende sollen schließlich mindestens 120 Mitglieder. Viele haben waren gewiss in Folge der noch fortbestehenden Eisenbahnverkehrsstörungen durch höhere Gewalt am Erscheinen effektiv verhindert. Die größere Mehrheit hätte allerdings, wenn wieder auch mit großen Schwierigkeiten, sich einfinden können. Auch zu ihren Gunsten war aber zu berücksichtigen, daß die parlamentarische Lage das Erscheinen sämtlicher Mitglieder bei wertvollen persönlichen Opfern und Bekümmern, nicht unbedingt erforderlich machte. Denn es ist ja die allgegenwärtige Wahrheitsfindung dafür, daß am Schluß der Strafbestimmungen nur Vertrauensvoten zur Abstimmung gelangen würden, die wegen ihrer ganz verschiedenen Beurteilungen kaum eine einheitliche Mehrheit aller Oppositionsparteien auf sich vereinigen könnten. Die Abstimmung ergäbe daher nicht als eine Haupt- und Staatsaktion und ist tatsächlich auch als solche nicht aufgeführt worden, wie ja das Verhalten zahlreicher Mitglieder auch bei den Oppositionsparteien ergab. Erit dadurch, daß der Kanzler ausdrücklich die Vertrauensfrage stellte, veränderte sich die ganze Lage. Nun war die Regierungsjahre vor aller Welt in reichlicher Form bekanntgegeben, und damit steigerte sich entsprechend die Verantwortung des Parlaments vor dem ganzen Volke, das von seiner Beteiligung mit Recht verlangen konnte, daß in einem so ungeheuer wichtigen Falle nicht bloß mit drei Viertel Beteiligung, sondern bei Anwesenheit aller nur irgend erscheinbaren Mitglieder unter einer Zehnzahl anwesender, der Kanzler habe nur eine Zehnzahl anwesender, er und die Regierungsparteien hätten nur Zeit gewinnen wollen. Gewiß, man wollte Zeit gewinnen und die fehlenden Mitglieder der Regierungsparteien nach Möglichkeit heranziehen. Aber um eine Finte oder bloße Geste handelt es sich kaum noch lange nicht. Dazu war die Erregung in den Kreisen der Regierungsparteien beim Anhören der Erklärung des Kanzlers viel zu echt und ungemindert, und dazu war die Gefahr, in die sich der Kanzler durch seine Erklärung begab, viel zu groß. Denn, der Kanzler war sich wohl bewußt geworden, daß es mit tatsächlichen Wandern einer bloßen Zustimmung über die eingebrachten Vertrauensvoten nicht mehr gehen war, sondern daß es jetzt um keine ganz, das Kabinetts Stütze ging, — inwiefern mit einem gewählten auf die das große Spiel, veränderte durch Stellung der Vertrauensfrage seine Kräfte erhebt — denn er veränderte damit die sonst bei den Vertrauensvoten angeordneten Bestimmungen Rechts- und Linkspartei zu einem einheitlichen, das Vertrauensvotum ablehnenden Oppositionsbündel — und machte zugleich noch einen letzten Versuch, die Kanzlerkrise, wie sie durch die individuelle Stellung des Vertrauensvotums der Deutschen Volkspartei in trauer Weise zum Ausdruck ge-

wordt war. In eine allgemeine Reiterarmee umzuwandeln und damit die in diesem Falle vielleicht für sich einen günstigeren Ausblick einzunehmen.

Unter diesen Umständen dürfte aber nicht illogisch die augenblicklich Zustandsbeurteilung des Landes in einem Siege der Opposition ausgenutzt werden. Die Augen der jungen Welt waren nunmehr auf die Stimmung gerichtet; das Ausland wollte und mußte wissen, woran es künftig mit Deutschland war, für eine Zufallsentscheidung war, danach kein Raum. Die Situation war sofort ernst genommen, wie es vielleicht jetzt der Entscheidung des Berliner Friedens nicht wieder gewesen war. Es ginge nicht an, daß die Sieger ihre und des deutschen Volkes Aufstuf auf Zufall oder wenn auch nur scheinbare Normalität aufbauten. Und besonders die deutschnationalen Volkspartei konnte nicht davon denken, von solchen Zufallsentwürfen so zu spielen. So ganz natürlich war und richtig ihre Politik sein, wie sie dies in allen Jahren ihrer Opposition tieferlich verkündet hat. Wir wollen nicht, wenn es uns einmal begeben sollte, ihr solche, zur entscheidenden Wirtung bei der Regierung des Landes berufen zu sein, unter Regierungstätigkeit mit einem Flecken auf der reinen Weste begnügen. Der „Vormärts“ hat uns außerdem als „reaktionäre Zutraganten“ bezeichnet; nun, er mag lieber an unserem Verhalten dem Verlangensantrage gegenüber noch einmal prüfen, ob nicht ein ehrlicher Gegner Veranlassung hätte, zu sagen: „Auf ob solches vornehmen Kampfesziel!“ Wir hätten aber auch nicht im Falle, daß die Regierung für die das Volk zur letzten Entscheidung im Wege von Kennzeichen aufzurufen würde und es sich darum handelte, zu dem das Volk das größte Vertrauen haben würde, von ihm dieses Vertrauen unter solcher Fügung auf der Grundlage eines zweifelhaften Zufallserfolges fordern können und wollen. Nur der wird in dem großen Endkämpfe um die Seele der Bevölkerung obliegen, der sich in allen Phasen dieses Kampfes als echt und wahr und zuverlässig erweisen hat! Und wahr endlich auch für den Fall des Regierensverlustes und einer Regierungsveränderung in unserer Sinne die Möglichkeit annehmen zu werden, in ernstlichen und notwendigen Beziehungen zu den Massen zurückzutreten, denn niemals würden die Entente-Mächte eine neue Regierungsgewalt in Deutschland ernennen können, wenn dem sie müßten, daß eine Entführung bloß auf parlamentarischer Regie beruhte. Es wäre nach alledem ein Ungenug für das deutsche Volk wie für die deutschnationale Volkspartei gewesen, wenn sie sich anders benommen haben würde, als dies am Sonnabend geschehen ist. Fertig.

Preußischer Landtag

Berlin, 14. Februar.

Am 9 Uhr 20 Min. eröffnete Präsident Hinrich die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Reichstag im Besonderen die in dem Entwurf der Verfassungsänderung enthaltenen kommunisistischen Entwürfe von der Tagesordnung abzugeben. Gegen den Widerspruch des Abgeordneten Dr. Röhler (H.) beschloß das Haus nach dem Vorschlag des Reichstages.

Abg. Schulz-Naumburg (N.) verteilte eine kleine Anfrage, die sich gegen die Ausführung der am nächsten nächste des preussischen Ministerpräsidenten betraf.

Ein Regierungsvertreter erklärte, eine abschließende Antwort auf die Frage sei noch nicht möglich, weil noch weitere Ermittlungen nötig seien. (Die Komm. ruft: Ist das alles?)

Gelegenheit über die Bezeichnung von Erenamt mit Preußen wird dann in zweiter Beratung nach kurzer Debatte angenommen.

Es folgt die gemeinsame Beratung von Anträgen und großen Anfragen, die sich mit der Finanznot der Gemeinden und der Entschleppung neuer kommunaler Steuerquellen beschäftigen.

Abg. Hirs (H.) begrüßte die große Motion der Sozialdemokraten, die dafür eintritt, daß die Gemeinden den ihnen zustehenden Anteil aus der Reichseinkommensteuer sofort erhalten und daß durch eine Verringerung des kommunalabgabengebunden der Gemeinden die Erschließung neuer Steuerquellen ermöglicht wird.

Cicero in Germanien

Eine kulturhistorisch-zeltgemäße Satyre

Von Ernst Reifferscheidt

Ein Tag war verstrichen. Die Philosophen und Dichter in ihrem Stuhle blickten nur an ihren Freund Cicero. Cicero hatte mehr als je die Rolle in den Reden, und murmelt unverständliche Worte.

Selbst Cicero hatte die Rede seines Vaters, an der er gerade arbeitete, in die Erde gestellt neben die Erde eines Stübchens und feierte.

Cicero hielt eine seiner berühmten Reden. Der redlich sein Ohr lautete, um sich zu beruhigen. Wie eine richtige Revolution hätte die Rede des Cicero in der Freundesfeier gewirkt.

Da — während Cicero gerade ein Theaterritual rezitierte, das Herr Brunner sicherlich als unanständig vor dem Staatsamt abgelehrt hätte, blickt er wie von ungefähr auf. Er erblickt Herrn Brunner und sein Theaterritual, fingert an sich herum nach seinem Dornglas, er als unanständiger Dichter ist es ja immer mit sich herum, damit ihm auch nicht die kleinste Unanständigkeit entgeht — er stellt sich dessen vor den Scherz des Herrn Brunner, der eben trinken will, hält ihn für das Dornglas und schüttelt sich den schmalen Bein in den Hüften, erwidert die Loge des Brunner, reißt sich damit die Augen, schaut nachmals ohne Dornglas und brüllt:

„Er ist!“

Gora, aufgebracht über den schmalen verlorenen Wein, ruft ihm eine.

„Wer ist?, du alter Dieb!“

Cicero brach mitten im schönsten Satz seiner schönsten Rede ab und freute sich des lautenbrüllenden Protestes, denn nun konnten die Reden des Cicero in die Erde gesteckt werden, ohne daß sie ein Aussehen vor sich. Doch Cicero hat nicht den Willenden Gora, nur eine Grinasse, die sich in jedem Rahmentakte hätte lassen können, und rief dann triumphant:

„Er ist, der Weltrenommierter Cicero!“

„Wo, wo?“ rief es errotet um ihn, man liegt auf Erde um Hände. Cicero legte auf seine höfliche einen Finger, und der endlich im Augenblicke auf wieder umfiel. In der Stammer an allen Philosophen über seinen Sturz

Der Abgeordnete (Hr.) begründete einen Antrag, den eine Einsetzung auf die Reichsregierung im Sinne derartig, daß bei der Betreibung der Staatserwerbe die finanziellen Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden Bedacht zu nehmen wäre. Ebenso wie der Vorkredner betonte auch Sprecher, daß man den Gemeinden keine verhältnismäßige Finanzkraft verschaffen könne. Die Hauptlast der Staatserwerbe sollten die Gemeinden tragen müssen. Wenn diesen nicht neue Finanzquellen erschlossen würden, dann sei eine Katastrophe für die Gemeinden finanziell unabweisbar.

Abg. Mareff (N.) führt die Finanznot der Gemeinden auf die Ungenügsamkeit der Finanzen der Gemeinden zurück. Die Reichsregierung ist bereits im Eingriffe in die Vermögenssubjekt. Es genügt aber nicht, daß alle Parteien jetzt die Not der Gemeinden erkennen. Sie müssen den Maßnahmen, die gemeinsam abzugeben. Die neue Schiedsordnung müsse die Steuern und die Ausgaben der Gemeinden ausgleichen. Dann müsse aber auch dem Grundbesitz volle Freiheit gewährt werden.

Um 10 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 13. Uhr, vertagt.

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 14. Februar.

Präsident Reue würdigt dem vorliegenden Abgeordneten Konrad Sachmann einen herzlichsten Nachruf. Er gebt der Tätigkeit des Verstorbenen als Abgeordneten die Wertung an, die er sich durch die Teilnahme an der Reichstagsarbeit erworben hat. Die Reichstagsarbeit des Reichstages, an der er teilnahm, war für die Nation ein Gewinn. In der Stunde, wo sein Leib den Nationen übergeben wurde, zeigte der Reichstag seine Gedanken in die schwebende Heimat der Verstorbenen. Abgeordneten Reichert hat es übernommen, einen Kranz an seiner Bahre niederzulegen.

Das Haus tritt fortan in die Tagesordnung ein und erledigt eine Reihe kleiner Anfragen. Demerswert ist schließlich eine Erklärung der Regierung, daß eine Stellungnahme in Verbindung mit der Reichstagsarbeit im Stadium der Vorbereitung befindet. Es folgt die zweite Beratung des Reichstages. Die Deutschnationalen beantragen, dem Gesandten die Befugnisse zurückzugeben.

Ministerialdirektor Müller: Das Gesetz über den geschlossenen Charakter der Wohnraumverhältnisse, nebenbei mit Hilfe der Mietpreisbegrenzung. Die Mietten sollen bestehen aus Grundmieten (Reichsmiete zum 1. Juli 1914) und den Aufschlägen für Betriebs- und Verwaltungsarbeiten sowie für laufende Instandhaltung und Reparaturen. Inwieweit sollen die Aufschläge für die Instandhaltung und Reparaturen, wie weitgehende Erneuerung der Dachrinnen, Kamin- und Wasserleitungen. Die Bestimmungen im einzelnen hat die Oberste Landesbehörde, die auch anordnet kann, daß die Vermieter die Verhältnisse der Aufschläge für die großen Instandhaltungsarbeiten bestimmen, jedoch auch im Falle der Erneuerung der Dachrinnen, Kamin- und Wasserleitungen. Die Bestimmungen im einzelnen hat die Oberste Landesbehörde, die auch anordnet kann, daß die Vermieter die Verhältnisse der Aufschläge für die großen Instandhaltungsarbeiten bestimmen, jedoch auch im Falle der Erneuerung der Dachrinnen, Kamin- und Wasserleitungen.

Abg. Müller (H.) erklärt, es handele sich bei dem Gesetz um eine Überwälzung des Hausbesitzers, ohne den Vermieter überhaupt zu befragen und soll einem Mietsvertrag zwischen Miets- und Hausbesitzer, der das Haus besitzt und der völlig freien Wirtschaft. Eine freie Mietpreisbildung, die die Miets-überwälzung stören würde, lehne die Regierung ab. Andererseits müsse der Vermieter mehr als bisher geschützt werden und in die Lage kommen, die Miets-überwälzung zu steuern.

Abg. Silbermann (H.) betont, daß das Gesetz keineswegs eine Sozialisierung des Hausbesitzes bedeute, vielmehr ein kräftiger Schutz des Hausbesitzes sei. Er fährt fort: Wir stehen dem Entwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber.

Abg. Ostermann (N.) lehnt das Gesetz ab, da es ein Ausnahmengesetz sei und beratige Kosten verursachen würde, das es in sich selber gerissen müßte. Der Zweck des Gesetzes sei die Sozialisierung des Wohnraums.

von der Reichsregierung im Sinne derartig, daß bei der Betreibung der Staatserwerbe die finanziellen Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden Bedacht zu nehmen wäre. Ebenso wie der Vorkredner betonte auch Sprecher, daß man den Gemeinden keine verhältnismäßige Finanzkraft verschaffen könne. Die Hauptlast der Staatserwerbe sollten die Gemeinden tragen müssen. Wenn diesen nicht neue Finanzquellen erschlossen würden, dann sei eine Katastrophe für die Gemeinden finanziell unabweisbar.

Abg. Mareff (N.) führt die Finanznot der Gemeinden auf die Ungenügsamkeit der Finanzen der Gemeinden zurück. Die Reichsregierung ist bereits im Eingriffe in die Vermögenssubjekt. Es genügt aber nicht, daß alle Parteien jetzt die Not der Gemeinden erkennen. Sie müssen den Maßnahmen, die gemeinsam abzugeben. Die neue Schiedsordnung müsse die Steuern und die Ausgaben der Gemeinden ausgleichen. Dann müsse aber auch dem Grundbesitz volle Freiheit gewährt werden.

Um 10 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 13. Uhr, vertagt.

Der Reichstag hat beschlossen, dem Abgeordneten Konrad Sachmann einen herzlichsten Nachruf zu spenden. Die Reichstagsarbeit des Reichstages, an der er teilnahm, war für die Nation ein Gewinn. In der Stunde, wo sein Leib den Nationen übergeben wurde, zeigte der Reichstag seine Gedanken in die schwebende Heimat der Verstorbenen. Abgeordneten Reichert hat es übernommen, einen Kranz an seiner Bahre niederzulegen.

Das Haus tritt fortan in die Tagesordnung ein und erledigt eine Reihe kleiner Anfragen. Demerswert ist schließlich eine Erklärung der Regierung, daß eine Stellungnahme in Verbindung mit der Reichstagsarbeit im Stadium der Vorbereitung befindet. Es folgt die zweite Beratung des Reichstages. Die Deutschnationalen beantragen, dem Gesandten die Befugnisse zurückzugeben.

Ministerialdirektor Müller: Das Gesetz über den geschlossenen Charakter der Wohnraumverhältnisse, nebenbei mit Hilfe der Mietpreisbegrenzung. Die Mietten sollen bestehen aus Grundmieten (Reichsmiete zum 1. Juli 1914) und den Aufschlägen für Betriebs- und Verwaltungsarbeiten sowie für laufende Instandhaltung und Reparaturen. Inwieweit sollen die Aufschläge für die Instandhaltung und Reparaturen, wie weitgehende Erneuerung der Dachrinnen, Kamin- und Wasserleitungen. Die Bestimmungen im einzelnen hat die Oberste Landesbehörde, die auch anordnet kann, daß die Vermieter die Verhältnisse der Aufschläge für die großen Instandhaltungsarbeiten bestimmen, jedoch auch im Falle der Erneuerung der Dachrinnen, Kamin- und Wasserleitungen.

Abg. Müller (H.) erklärt, es handele sich bei dem Gesetz um eine Überwälzung des Hausbesitzers, ohne den Vermieter überhaupt zu befragen und soll einem Mietsvertrag zwischen Miets- und Hausbesitzer, der das Haus besitzt und der völlig freien Wirtschaft. Eine freie Mietpreisbildung, die die Miets-überwälzung stören würde, lehne die Regierung ab. Andererseits müsse der Vermieter mehr als bisher geschützt werden und in die Lage kommen, die Miets-überwälzung zu steuern.

Abg. Silbermann (H.) betont, daß das Gesetz keineswegs eine Sozialisierung des Hausbesitzes bedeute, vielmehr ein kräftiger Schutz des Hausbesitzes sei. Er fährt fort: Wir stehen dem Entwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber.

Abg. Ostermann (N.) lehnt das Gesetz ab, da es ein Ausnahmengesetz sei und beratige Kosten verursachen würde, das es in sich selber gerissen müßte. Der Zweck des Gesetzes sei die Sozialisierung des Wohnraums.

Rußland fordert Entschädigung

w. Wladik, 14. Februar.

Aus Moskau wird gemeldet: Die Sozialrevolutionäre am 9. Geneser Konferenz erhielt von ihrer Regierung Erlaube, dort für die durch die Ententeblockade erlittenen Verluste Rußlands Entschädigungen zu fordern.

Sowjetrußische

w. Wladik, 14. Februar.

Der Rat der Volkskommissare beschloß für 1918 und 1919 eine einheitliche Natursteuerverordnung auf die Grundlage der Landwirtschaft zu legen, und zwar auf Stroh, Futtermittel, Kartoffeln, Getreide und Fleisch.

Die deutsche Gesellschaft für Sozialpolitik hat sich am 11. Februar in Berlin in die Arbeit gesetzt. In der ersten Sitzung war es eine große Freude im Mittelholsteiner Bezirk mit Teilnehmern zu begrüßen. Die Dauer der Konferenz soll 94 Tage betragen. Nach Ablauf der Zeit soll das Land an die Sowjetrepublik zurückfallen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen im März in Form von Gesetzen in der Sowjetrepublik in Kraft treten.

Die Sowjetrußische Revolutionäre in der Sowjetunion sind in der Lage, die Sowjetrußische Revolutionäre in der Sowjetunion zu unterstützen. Die Sowjetrußische Revolutionäre in der Sowjetunion sind in der Lage, die Sowjetrußische Revolutionäre in der Sowjetunion zu unterstützen.

Halle und Umgebung

Donnerstag, 15. Februar.

Stegerwald in Halle

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Gestern Abend sprach auf Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes der ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald in Halle. Der heute 80-jährige Mann sprach über die Lage der Arbeiter in Deutschland. Er sprach über die Notwendigkeit der Gewerkschaften, die in seiner großen Rede vor fünf Jahren in einem öffentlichen Gewerkschafts-Kongress niedergelegt sind.

Stegerwald bemerkte der Redner, daß er sich nach Wiederkehr der preussischen Ministerpräsidenten zum Ziele gesetzt hat, an die breiten Massen der Bevölkerung zu sprechen, die in seiner großen Rede vor fünf Jahren in einem öffentlichen Gewerkschafts-Kongress niedergelegt sind.

Was ist Deutschland war in Verarmung, Meer und Schande. Die soziale Politik ist gescheitert. Es wurde zwar in Deutschland früher viel Sozialpolitik getrieben, aber sie war nicht genügend beachtet. Die soziale Politik, sondern wurde von den Arbeitgebern. Die soziale Politik, sondern wurde von den Arbeitgebern.

Was beginn aber ist noch ein weiterer Weg. Denn die breiten Massen der Arbeiter sind in der Sozialdemokratie organisiert und diese Partei hat noch kein inneres Verhältnis zum Staat. Das ist nicht zu beklagen, denn sie ist nicht in der Lage, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Die sogenannte Verflechtung von Eisenbahn und Post. Solange aber beide mit Profit arbeiten, stellen auch die beiden namhaften Klammern für die Wirtschaft dar.

Der Wille dieser sozialen Bewegung, die der Weg der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gegenüber dem Staat und den einzelnen Menschen geht heute alle Gemüter an.

Der Wille dieser sozialen Bewegung, die der Weg der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gegenüber dem Staat und den einzelnen Menschen geht heute alle Gemüter an.

Der Wille dieser sozialen Bewegung, die der Weg der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gegenüber dem Staat und den einzelnen Menschen geht heute alle Gemüter an.

Der Wille dieser sozialen Bewegung, die der Weg der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gegenüber dem Staat und den einzelnen Menschen geht heute alle Gemüter an.

des Vertriebes der Arbeiter. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

(Ein ehrenvoller Ruf) (Eigene Darstellung.)

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Seine Rede in einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Arbeiter sind in England und den westpfälischen Gegenden zwischen England und Frankreich.

Aus Mitteldeutschland

Die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises beseitigt

Zusammen des Schiedsrichters.

Die am 11. d. M. im Rathaus zu Magdeburg tagende Mitteldeutsche Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat beschlossen, die Gefahr eines mitteldeutschen Gemeindarbeitskreises zu beseitigen.

Bestenfalls 200 für 1000...
Wiese, nat. und trocken, 190-14. gesund und
Wiese, nat. und trocken, 190-14. gesund und
Wiese, nat. und trocken, 190-14. gesund und

Leipzig Notierungen
Leipzig, 14. Februar.
Leipzig Notierungen
Leipzig, 14. Februar.

Devisen-Notierungen
Berlin, 14. Februar.
Devisen-Notierungen
Berlin, 14. Februar.

Berliner Produktmarktpreise.
Berlin, 14. Februar.
Antstliche Notierungen für 1 Zentner ab Station:
Weizen, mirk. 43-45, vommer 43-45, schles. 43-45

Leipzig Notierungen
Leipzig, 14. Februar.
Leipzig Notierungen
Leipzig, 14. Februar.

Berliner Metallnotierungen.
Berlin, 14. Februar. Preise für 100 kg in Markt.
Kaffee-Kupfer 90-92,50
Zinn (Barren-Strahl-Ausland)

Berliner Börse vom 14. Februar 1922.

Table with multiple columns: Festverzinsliche Wertpapiere, Staatsanleihen, Pfandbriefe, Ausländ. festverzinsliche Wertpapiere, Berliner Bauwesen, Auswärtige Brauereien, Kolonialwerte, Industriekrieken, Deutsche Eisen-Aktien, Schiffahrts-Aktien, Bankaktien, Stahlwerke, Eisenhütten, Bergbau, Zucker, Textil, Papier, Holz, Lebensmittel, etc.